

Weg mit dem PKK-Verbot! Befreiungskampf ist kein Verbrechen!

19.2.2015



Demonstration in
Straßburg am
14.2.2015
rf-foto

Wir gratulieren dem kurdischen Befreiungskampf und der internationalen Solidarität zum Sieg gegen die faschistisch-islamistische IS in der Schlacht um Kobanê!

Am 21.2.2015 sind bundesweit Demonstrationen gegen das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Es ist nicht zu akzeptieren, dass seitens der Polizei – wie in Köln – mit Auflagen versucht wird, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit Tausender Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre einzuschränken.

• **Für uneingeschränkte Versammlungsfreiheit auf antifaschistischer Grundlage!**

Seit 1993 besteht in Deutschland das reaktionäre Verbot der PKK. Zehntausende Kurden wurden seitdem kriminalisiert. Dutzende der PKK angeblich nahestehende Vereine und Veranstaltungen wurden verboten. Mit dem PKK-Verbot und sogenannten „Anti-Terror-Gesetzen“ wird der berechtigte Kampf für nationale und soziale Befreiung und die internationale Solidarität diskriminiert und kriminalisiert. Angewandte Funktionäre der PKK werden wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ oder „terroristischen“ Vereinigung (§ 129, 129a und 129b des deutschen Strafgesetzbuches) verfolgt und von den „Staatsschutzsenaten“ der Oberlandesgerichte zu hohen Haftstrafen verurteilt. Jüngstes Beispiel ist der im August 2014 festgenommene Mehmet Demir. Am 12.2.2015 informierte die Bundesanwaltschaft, dass Anklage gegen ihn erhoben wurde, unter anderem deshalb, weil „die PKK einen staatenähnlichen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, Iran und Irak an (strebt).“

Es ist Ausdruck des rebellischen Geistes des kurdischen Widerstandes und der internationalen Solidarität, dass dieses Verbot nie akzeptiert wurde. Der **Befreiungskampf gegen den Imperialismus ist kein Verbrechen**, er ist gerechtfertigt. Für die MLPD und ihren Jugendverband REBELL war und ist es selbstverständlich, dem kurdischen Volk ihre uneingeschränkte internationale Solidarität zukommen zu lassen und niemals vor Hetze, Lügen oder Unterdrückung gegen den gerechten Befreiungskampf in die Knie zu gehen. Unter fortschrittlichen Menschen und Kurden gerät das **PKK-Verbot immer mehr in die Kritik**. Immer mehr Menschen, Politiker verschiedenster Parteien, Vereine und Initiativen fordern inzwischen die Aufhebung des PKK-Verbots. Am 26. Februar wird die Forderung nach

sofortiger Aufhebung des PKK-Verbotes im Deutschen Bundestag auf Antrag der Linkspartei behandelt. Das PKK-Verbot kann und muss durch **aktiven Widerstand** zu Fall gebracht werden.

- **Sofortige Aufhebung des PKK-Verbots und der die internationale Solidarität kriminalisierende Rechtsprechung!**
- **Aufhebung des Waffenembargos gegen PKK/YPG+YPJ!**
- **Streichung der PKK von den sogenannten „Antiterrorlisten“!**
- **Sofortige Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen und Einstellung aller Verfahren!**
- **Für Erhalt und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten!**

Demagogisch fordert die deutsche Regierung gegenüber der türkischen Regierung mehr Rechte und Freiheiten in der Türkei und pflegt den Mythos des demokratischen Deutschlands, während sie am Verbot der PKK in Deutschland festhält. Der PKK-Führer Abdullah Öcalan wurde 1999 durch ein internationales Komplott, an dem die deutschen Geheimdienste beteiligt waren, unter Verstoß gegen das Völkerrecht entführt und ist bis heute in Haft.

• **Freiheit für Abdullah Öcalan!**

Die Kurdenpolitik der Bundesregierung steht zunehmend in der Kritik. Sie ist heuchlerisch. Mit dem türkischen Erdogan-Regime besteht eine enge Zusammenarbeit. Während demokratische und fortschrittliche Organisationen unterdrückt werden, dürfen türkische Faschisten wie die „Grauen Wölfe“ legal öffentlich auftreten und wurde in Deutschland der Aufbau von Strukturen der faschistischen IS ermöglicht. Unwidersprochen von Kanzlerin Merkel setzt der türkische Präsident Erdogan die PKK mit dem faschistischen IS als „Terroristen“ gleich. Gleichzeitig erhalten deutsche **Neonazis und faschistoide** Kräfte Spielraum für ihre Hetze und Attacken gegen Flüchtlinge und alle fortschrittlichen Kräfte. Die Gründung der rassistischen sogenannten „Pegida-Bewegung“ richtete sich gegen den Freiheitskampf des kurdischen Volkes und die internationale Solidarität. Demagogisch wurde das hinter der Fassade plumper „Islam-Kritik“ versteckt. Es ist ein wichtiger Erfolg der antifaschistischen Massenbewegung in Deutschland und dem Sieg in der Schlacht um Kobanê, dass dieser Bewegung das Genick gebrochen wurde.